

Niederschrift

der IX/13. Sitzung

Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Montag, 25. April 2016
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Sitzungsraum des Rathauses in Schmallenberg

Anwesende:

Stellv. Vorsitzender

Alfons Brüggemann

Ausschussmitglieder

Guido Altenhoff	als Vertreter für Franz-Josef Pape
Hans-Georg Bette	bis 18:35 Uhr Ende öffentlicher Teil
Dieter Eickelmann	
Ralf Fischer	
Hubertus Heuel	
Gerd Kaspari	
Franz-Josef Klauke	
Jürgen Meyer	
Ludwig Poggel	
Jörg Schirrey	ab 17:05 Uhr während TOP 1 ö. T.
Werner Voss	
Dietmar Weber	ab 17:06 Uhr während TOP 1 ö. T.
	- als Vertreter für Stefan Wiese
Wilfried Welfens	
Jens Winkelmann	

Von der Verwaltung

Erster Beigeordneter Burkhard König	
Technischer Beigeordneter Andreas Dicke	
Stadtangestellte Carmen Oberstadt	zu TOP 2 ö. T.
Stadtamtmann Andreas Plett	bis Ende öffentlicher Teil
Stadtangestellter Josef Schörmann	
Stadtangestellter Berthold Vogt	

Schriftführerin

Stadtamtfrau Anja Lingemann

Entschuldigt fehlt

Bürgermeister Bernhard Halbe

Zur Tagesordnung stehen:

A. ÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1. Entwurf der 2. Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst	IX/530
2. Aktuelle Flüchtlingssituation in der Stadt Schmallenberg - Sachstandsbericht	mündl. Bericht
3. Errichtung eines Dorfgemeinschaftshauses im Stadtteil Huxel	IX/532
4. Umsetzung der Neuorganisation der Beziehungen zur Kur- und Freizeit GmbH, dem Gesamtverkehrsverein Schmallerberger Sauerland und den örtlichen Verkehrsvereinen	IX/535
5. Erlass des 1. Nachtrags zur Satzung über die Erhebung von Kurbeiträgen	IX/534
6. Änderung des Umlegungsplanes Grafschaft vom 04.08.1951 - G 239 -	IX/499
7. Vorläufiger Jahresabschluss der Stadt Schmallenberg zum 31.12.2015	IX/529
8. Vorläufiger Jahresabschluss der Stadtwerke Schmallenberg zum 31.12.2015	mündl. Bericht bzw. Vorlage IX/541
9. Bericht der Verwaltung	
10. Verschiedenes	
B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1. Grundstücksangelegenheiten	
1.1. Veräußerung einer Gewerbefläche im Gewerbepark Hochsauerland	IX/521
1.2. Veräußerung von Bauplätzen im Baugebiet "Leisterfeld III", Stadtteil Bad Fredeburg	IX/512
1.3. Veräußerung eines Bauplatzes im Baugebiet "Lehrs Kamp", Stadtteil Bracht	IX/528
2. Anschaffung eines Einsatzleitwagens für die Feuerwehr	IX/533
3. Anschaffung von Atemschutzgeräten und Ersatzteilen für die Atemschutzwerkstatt der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schmallenberg	IX/508
4. Bericht der Verwaltung	
5. Verschiedenes	

Der Haupt- und Finanzausschuss tagt heute unter der Leitung von stellvertretendem Ausschussvorsitzenden Alfons Brüggemann. Herr Brüggemann eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Er teilt mit, dass Bürgermeister Halbe wegen eines privaten Termins heute an der Sitzungsteilnahme verhindert ist.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Herr Brüggemann weist darauf hin, dass zur Tagesordnung der heutigen Sitzung unter TOP 8 im öffentlichen Teil der Punkt "Vorläufiger Jahresabschluss der Stadtwerke Schmallenberg zum 31.12.2015" mit mündlichem Bericht steht und für diesen Punkt nun die Vorlage IX/541 erstellt wurde, die als Tischvorlage verteilt worden ist.

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Entwurf der 2. Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst IX/530

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

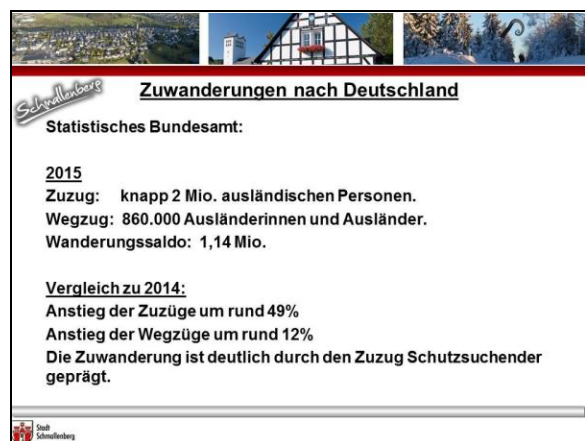
Herr Poggel führt aus, dass die CDU-Fraktion zu diesem Thema die Bitte an den Bürgermeister gerichtet hatte, über den Bedarfsplan für den Rettungsdienst zu informieren. Darüber sei auch in der Presse berichtet worden. Vom Grundsatz her sei die Vorlage in Ordnung. Die CDU-Fraktion könne ihr zustimmen, da die Bereitstellungszeiten für den Bereich der Stadt Schmallenberg nicht gekürzt, in Teilbereichen sogar ausgeweitet worden seien.

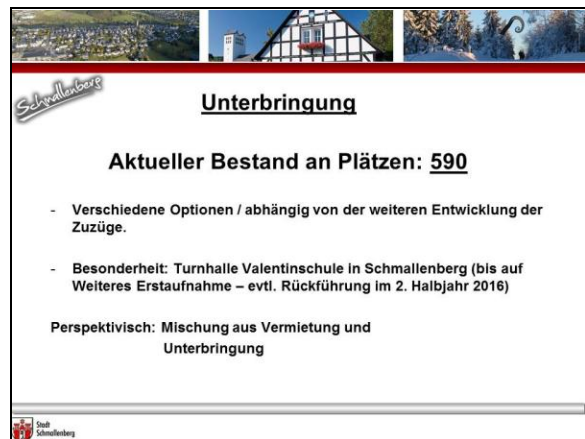
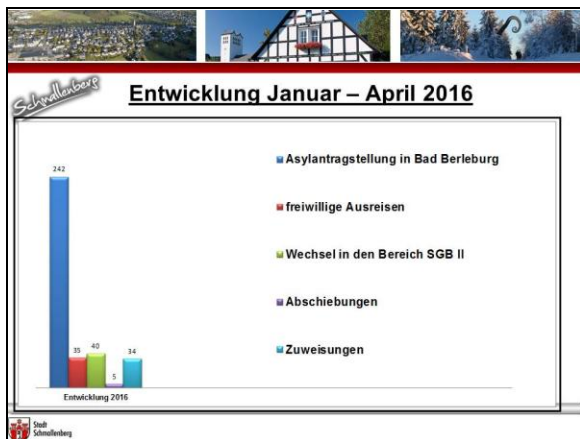
Auf Bitte von Herrn Poggel erläutert Herr Vogt sodann die in der Vorlage beschriebene vorgesehene Besetzung der Rettungswache Bad Fredeburg.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 2 Aktuelle Flüchtlingssituation in der Stadt Schmallenberg - Sachstandsbericht

Frau Oberstadt informiert anhand der nachfolgend abgebildeten Präsentation über die aktuelle Flüchtlingssituation in Schmallenberg und beantwortet in der anschließenden Diskussion die von den Ausschussmitgliedern aufgeworfenen Fragen.







Integration

→ Arbeit

- Tagesstruktur – Soziale Anbindung – Sprache
- Eigenes Einkommen – Unabhängigkeit von Sozialleistungen
- Zugangsregularien steuern soziale Ausgewogenheit
- Lockerungen zu erwarten




Integration

→ Arbeit

- Jobcenter (Schlüsselrolle)
- Agentur für Arbeit (Integration-Point)
- SUZ
- Berufsberatung für Geflüchtete
- Hospitationen
- Maßnahmen beim Arbeitgeber
- Praktika (Mindestlohn)
- Konkrete Vermittlung Arbeits- u. Ausbildungsmarkt




Bundesagentur für Arbeit – Integration Point –

- Flüchtlinge: Zuständigkeit Agentur für Arbeit
- Gestattete: Zuständigkeit Jobcenter
- Bündelung bestehender Angebote und Maßnahmen
- Sehr gute finanzielle Ausstattung
- 3 Beschäftigte gesamter Hochsauerlandkreis
- 3 Beratungstage vor Ort in Schmallenberg




Ehrenamt

- Ideen und Anregungen an Jobcenter, Sozialamt, Träger, Integration-Point
- Augenmaß („Hilfe zur Selbsthilfe“)
- Realitäten aufzeigen
- Ehrenamtliche Sprachkurse als sprachliche Erstversorgung
- Begegnungsveranstaltungen
- Unterstützung bei evtl. Neuzuweisungen




Förderzentrum für Flüchtlinge

- Maßnahme nach § 45 SGB II (Aktivierungsgutschein)
- Aktivitäten zur Erreichung von Integrationsfortschritten.
- Vermittlung und Erweiterung berufsbezogener deutscher Sprachkenntnisse
- Sozialintegrativer Ansatz zur indiv. Hemmnisbeseitigung
- Sozialpädagogische Begleitung
- Dauer: SGB II 6 Monate SGB III 3 Monate
- Teilnahme Integrationskurs hat jedoch Vorrang!




Förderzentrum für Flüchtlinge

- Heranführung an den deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
- Feststellung, Verringerung und Beseitigung von Vermittlungshemmnissen
- Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung
- Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme




Förderzentrum für Flüchtlinge

Zielgruppe:

- Arbeitslose Asylbewerber u. Geduldete mit Arbeitsmarktzugang i.S. von SGB III
- Arbeitslose Asylberechtigte und Gestattete (SGBII)
- Erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Migrationshintergrund




Baustellen:

- Alphabetisierungskurse
- Integrationskurse
- Wohnungsmarkt
- KiTa- und Schulplätze
- Anpassungsschwierigkeiten
- Fehlende Sanktionsmöglichkeiten
- Strenge Vorgaben für Maßnahmen
- Mittelverteilung SGB II / SGB III
- Übergangsmanagement





Übergangsmanagement

Wechsel Rechtskreis AsylLG → SGB II
Lebensbereiche Sprache/Arbeit/Wohnen erfordern umfassendes System, von strukturiertem Übergangsmanagement über passgenaue Maßnahmen bis hin zu sozialverträglichen Prozessen im Rahmen des Förderns und Forderns.

- Wegfall Wohnsitzauflage
- Antragstellung im Jobcenter
- Sanktionen (Kürzungstatbestände)
- Energieverbrauch, Krankenversicherung / Haftpflicht
- Procedere passive / aktive Leistungen
- Gruppenveranstaltungen mit Übersetzer
- Kostenkontrolle / Personaleinsatz




Organisation Jobcenter / Sozialamt

- Wachsende Aufgaben und Herausforderungen in unterschiedlichsten Rechtsgebieten erfordern eine Umstrukturierung in 4 Sachgebiete:
 - Arbeit / Integration / Flüchtlinge
 - Asylbewerberleistungsgesetz / Wohngeld / SGB XII
 - Arbeitslosengeld II
 - Unterbringung Asyl
- Enge Zusammenarbeit Jobcenter, Agentur für Arbeit, Ausländerbehörde und BAMF




Rückführung der Stabstelle

- Enorme Flüchtlingsbewegungen ab Mitte 2015 lösten dringenden Handlungsbedarf aus.
- Frühzeitig Einrichtung Stabstelle
- Schwerpunkt nach Unterbringung und Erstversorgung ist nun INTEGRATION
- Daher erneuter Handlungsbedarf
- Systematischer Zugriff auf die Instrumente des Arbeitsmarktes
- Sozialgesetzbuch II und Integrationsgesetz beide auf Basis des Fördern und Forderns
- Zugangssteuerung zu Maßnahmen, Sprachkursen etc.
- Sachgebiet „Arbeit/Integration/Flüchtlinge“




Integrationsgesetz (IntG)

- Die Koalition wird ein IntG vorlegen, das sich an den Grundsätzen des Förderns und Forderns orientiert.
- Ziel: Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt durch staatliche Maßnahmen
- Einforderung von Eigenbemühungen
- Erörterung in der Ministerpräsidentenkonferenz am 22.04.2016.
- Beschluss des Gesetzesentwurfes durch die Bundesregierung auf ihrer Klausurtagung am 24. Mai 2016 in Meseberg.




Eckpunkte Integrationsgesetz

- Gesondertes Arbeitsmarktprogramm FIM (Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen)
- Pflicht zur Mitarbeit
- Sonderregelung für die Ausbildungsförderung von Ausländerinnen und Ausländern
- Zugang zu Leistungen für Langzeitarbeitslose
- Aufenthaltsgestattung mit Auskunfts nachweis
- Prüfung Orientierungskurse
- Dolmetscherkosten
- Verpflichtungserklärung
- Rechtssicherheit für den Aufenthalt während einer Ausbildung
- Aussetzen Vorrangprüfung und Leiharbeit für Gestattete und Geduldete




Eckpunkte Integrationsgesetz

- Aufenthaltsverfestigung von anerkannten Flüchtlingen bei erbrachter Integrationsleistung
- Höhe der Asylbewerberleistung
- Wohnsitzzuweisung
- Zugang und Verpflichtung zu Integrationsleistungen
- Effizientere Steuerung des Integrationskurssystems
 - Zulassung zum Integrationskurs
 - Verkürzung der Wartezeit auf 6 Wochen
 - Erhöhung der Höchstteilnehmerzahl
 - Schaffung von Transparenz im Kursangebot
 - Stärkung der Wertevermittlung im Orientierungskurs




Resümee

- Heimat entsteht immer dort, wo man herzlich willkommen ist.
- Integration muss also vor Ort in den Städten und Gemeinden stattfinden.
- Die politische Bedeutung der Kommunen ist daher deutlich gewachsen.
- Sehen wir also nicht nur die Herausforderung sondern auch die Chance.
- Geben wir alle gemeinsam -Gesellschaft, Politik und Verwaltung- das, was wir immer geben:

Unser Bestes!



TOP 3 Errichtung eines Dorfgemeinschaftshauses im Stadtteil Huxel IX/532

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Herr Eickelmann regt an, die Höhe der überplanmäßigen Ausgabe von ca. 105.000 € in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadtvertretung beschließt, die Errichtung eines Dorfgemeinschaftshauses in Huxel als Förderprojekt im Rahmen der Ländlichen Entwicklung zu beantragen und bei Bewilligung der Fördermittel entsprechend umzusetzen. Der damit verbundenen überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von ca. 105.000 € wird zugestimmt.

**TOP 4 Umsetzung der Neuorganisation der Beziehungen zur Kur- und
Freizeit GmbH, dem Gesamtverkehrsverein Schmallenberger
Sauerland und den örtlichen Verkehrsvereinen IX/535**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Im Rahmen der Betrauung der Kur- und Freizeit GmbH Schmallenberger Sauerland mit der Aufgabe der Tourismusförderung wird ein Zuschuss in Höhe von 238.925 € gewährt.

Darüber hinaus wird der Kur- und Freizeit GmbH Schmallenberger Sauerland ein Anteil an den Kurbeiträgen in Höhe von je 1,42 € je Kurbeitragszahlung, insgesamt zunächst 332.000 € gewährt.

Die Stadt unterstützt die Arbeit der Verkehrsvereine vor Ort mit der Gewährung von Mitteln aus dem sog. "Einwohnerschlüssel" (180.000 €) sowie in den Kurgebieten mit dem Kurbeitragsanteil von 0,45 € je Kurbeitragszahlung.

Auf dieser Basis sollen die entsprechenden Vereinbarungen gefasst werden. Die Höhe der Finanzmittel steht unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung in der Haushaltssatzung.

**TOP 5 Erlass des 1. Nachtrags zur Satzung über die Erhebung von
Kurbeiträgen IX/534**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadtvertretung beschließt den der Vorlage beigefügten Entwurf des 1. Nachtrags der Satzung der Stadt Schmallenberg über die Erhebung von Kurbeiträgen vom 11.05.2015 als Satzung.

TOP 6 Änderung des Umlegungsplanes Grafschaft vom 04.08.1951 - G 239 - IX/499

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung Schmallenberg einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadtvertretung Schmallenberg stimmt den Abwägungs- und Beschlussvorschlägen der Verwaltungsvorlage zu und beauftragt die Verwaltung, die Kaufverträge vorbehaltlich der rechtskräftigen Änderung des Umlegungsplanes abzuschließen.

TOP 7 Vorläufiger Jahresabschluss der Stadt Schmallenberg zum 31.12.2015 IX/529

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Herr Plett informiert anhand einer Präsentation über die Eckdaten des vorläufigen Jahresabschlusses zum 31.12.2015 und beantwortet die gestellten Fragen.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 8 Vorläufiger Jahresabschluss der Stadtwerke Schmallenberg zum 31.12.2015 IX/541

Sachverhalt und Begründung sind in der zu Beginn der Sitzung verteilten Tischvorlage dargestellt.

Der vorläufige Jahresabschluss wird von Herrn Plett erläutert.

		
Vorläufiger Jahresabschluss der Stadtwerke Schmallenberg zum 31.12.2015		
Jahresergebnisse Betriebszweige		
	Ist 2015	Plan 2015
Bz. Wasserversorgung	-127.679,38 €	-289.500,00 €
Bz. Stadtentwässerung	152.378,46 €	11.900,00 €
Bz. Bürgerbusverkehr	-2.434,96 €	0,00 €
Gesamtergebnis Stadtwerke	22.264,12 €	-277.600,00 €
Entwicklung der Gewinnvorträge		
	31.12.2015	31.12.2014
Bz. Wasserversorgung	94.365,91 €	222.045,29 €
Bz. Stadtentwässerung	819.758,29 €	667.379,83 €
Bz. Bürgerbusverkehr	406,09 €	2.841,05 €
Bilanzieller Gesamtgewinnvortrag:	914.530,29 €	892.266,17 €

Herr Poggel spricht das Polster im Betriebszweig Stadtentwässerung in Höhe von ca. 819.000 € an und ist der Meinung, dass dieses der Bürgerschaft zugute kommen solle. Die CDU-Fraktion schlägt daher vor, die Verwaltung zu beauftragen, einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Auf Nachfrage von Herrn Bette, wie eine Verrechnung mit künftigen Abwassergebühren aussehen könnte, erklärt Herr König, dass der einfachste Weg sei, über eine Gebührensenkung 2016 nachzudenken. Er sagt zu, für die nächste Sitzungsrunde einen Vorschlag zu erarbeiten.

Auf Bitte von Herrn Weber erläutert Herr König die Rechtslage hinsichtlich des Kalkulationszeitraums, Gebührenaussgleich und Gebührensenkung.

Herr Klauke fragt nach den Gründen für den Überschuss im Abwasserbereich. Von Herrn König werden hierzu folgende Gründe angeführt: Wegfall des Übergabepunktes der Kläranlage Nordenau, niedriges Zinsniveau deshalb äußerst niedrige Kapitalkosten, niedrigerer Personalaufwand durch personellen Weggang, Mehrverkauf Wasser. Er schlägt vor, bis zur nächsten Sitzungsrunde zu überlegen, wie mit dem Überschuss umgegangen werden könne.

Ferner sagt Herr König zu, die von Herrn Eickelmann geäußerten Fragen zur Bilanz bis zur Ratssitzung zu beantworten.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, zur nächsten Sitzung einen Vorschlag zur Gebührensenkung zu erarbeiten.

TOP 9 Bericht der Verwaltung

TOP 9.1 Neue Strukturen im Sozialamt/Jobcenter

Herr König berichtet, dass es - wie von Frau Oberstadt bereits unter TOP 2 angesprochen - ab 01.05.2016 im Sozialamt/Jobcenter neue Strukturen geben werde. Die Organisationsverfügung des Bürgermeisters sehe vier neue Sachgebiete vor:

- Arbeitslosengeld II
- Integration, Arbeitsvermittlung, Flüchtlinge
- Asylbewerberleistungen, Wohngeld, SGB XII
- Betreuung Asylbewerberunterkünfte

Um die Öffentlichkeit zu informieren, gebe es zur neuen Organisation des Sozialamtes auch eine Pressemitteilung.

TOP 9.2 Anfragen zum Thema Straßenbau

Herr König teilt mit, dass es zum Thema Straßenbau im Moment viele Anfragen gebe. Zum Straßenausbau in Werntrup laufe derzeit eine anwaltliche Abfrage. Er hoffe, dass das Ergebnis dieser Abfrage bis zur Ratssitzung vorliegen werde.

TOP 9.3 Erweiterung der vorhandenen Wohncontaineranlage für Flüchtlinge, Breite Wiese 34 c, Schmallenberg

Herr König informiert, dass die Erweiterung der vorhandenen Wohncontaineranlage im Bereich des Bauhofes in Schmallenberg stehe. Zurzeit werde diese noch an Wasser und Kanal angeschlossen, so dass sie in den nächsten Tagen bezugsfertig sein werde. Zur Tagesordnung der nächsten Ratssitzung stehe dazu die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung. Er teilt weiter mit, dass die NRW-Bank zur Finanzierung von Investitionen in den Erwerb, Bau und Modernisierung von Flüchtlingsunterkünften zinsvergünstigte Darlehen zur Verfügung stelle. Die Konditionen seien: Zinssatz 0 %, Zinsbindung 10 Jahre. Er kündigt für die Ratssitzung den Vorschlag an, eine entsprechende Darlehensaufnahme zu beschließen.

Des weiteren teilt Herr König mit, dass hinsichtlich der geplanten Errichtung von Wohnräumen für Flüchtlinge "An der Robbecke" in Schmallenberg zunächst die weitere Entwicklung der Zuweisungen von Flüchtlingen abgewartet werden solle.

TOP 9.4 Maßnahmen im Bereich Gebäudemanagement (geplante Asylbewerberunterkunft An der Robbecke und Sanierung der Grundschule Oberkirchen und Grundschule Berghausen)

Anknüpfend an den vorherigen Punkt berichtet Herr Dicke, dass die geplante Errichtung von Wohnräumen für Flüchtlinge "An der Robbecke" zunächst zurückgestellt werden solle. Die Verwaltung warte noch auf eine Förderbewilligung und es zeichne sich ab, dass die Maßnahme nicht komplett in 2016 umgesetzt werde. Die eingesparten Mittel sollen als Deckungsvorschlag für die Sanierung der Grundschule Oberkirchen in den diesjährigen Sommerferien sowie für die Sanierung der Grundschule Berghausen (Umsetzung gesamte Baumaßnahme in 2016 und nicht wie geplant aufgeteilt auf 2016 und 2017) eingesetzt werden.

TOP 10 Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.